

Haushaltsrede Die Linke.Offene Liste, Michael Wahl

Haushalt 2012, Kreis Fulda

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr verehrte Damen und Herren,

wir beraten heute über einen Haushaltsentwurf, der ein Defizit von fast 9 Millionen Euro vorsieht. Im dritten Jahr in Folge wird die Verschuldung des Landkreises vergrößert. Der Schuldenstand des Landkreises hat sich innerhalb von 2 Jahren von 28 Millionen auf fast 71 Millionen Euro erhöht. Auch wenn man berücksichtigt, dass hier Kredite aus den Investitionsprogrammen der Jahre 2010 und 2011 enthalten sind, ist dies eine bedenkliche Entwicklung.

Meine Damen und Herren von der CDU, SPD, FDP und den Grünen, Sie waren es doch, die sich für eine Schuldenbremse ausgesprochen haben. Nur ein Jahr nach Beschluss der staatlichen Schuldenbremse beraten wir erneut über eine weitere Verschuldung von fast 9 Millionen Euro.

Und das Defizit läge noch um weitere 16 Millionen € höher, würden die Schlüsselzuweisungen nicht im Vorgriff erhöht. Sehr geehrter Herr Landrat Woide, wie sie bereits in ihrem Vorbericht ausführen, wird diese Handlungsweise bereits im Jahr 2013 zu einer Verminderung der Erträge führen, sofern man wieder zu dem alten Abrechnungsmechanismus zurückkehrt.

Trotz des angeblichen Aufschwungs liegen die Einnahmen des Landkreises im Jahr 2012 immer noch knapp unter denen des Jahres 2009. Die Ausgaben sind in diesem Zeitraum um 6 Millionen gestiegen. Bei genauerer Betrachtung der Ausgabenseite fällt auf, dass ein Großteil der Ausgabensteigerung auf Zinsbelastungen zurückzuführen ist. Musste der Kreis im Jahr 2009 noch 400.000,- Euro Zinsen im Jahr zahlen so sind es im Jahr 2012 schon 2,7 Millionen Euro.

Während die Ausgaben für den Sozialetat im gleichem Zeitraum von 40 auf 38 Millionen gesenkt wurden. Und dies, obwohl die steigende Zahl von Menschen, die in Altersarmut geraten ist, zu zusätzlichen Belastungen führen wird.

Das die Bilanz des Sozialtats sich trotzdem verbessert hat, liegt überwiegend an der Übernahme von Kosten durch den Bund. Allein im Jahr 2012 übernimmt der Bund zusätzlich 1,2 Millionen Euro. Wurden 2009 noch insgesamt 8 Millionen Euro für die Grundsicherung im Alter ausgegeben, so sind es in diesem Jahr schon 9,5 Millionen Euro. Tendenz steigend.

Neben den Zinsbelastungen, steigenden Kosten für die Grundsicherung im Alter ist der Bereich der Jugend- und Familienhilfe der Bereich mit den größten Ausgabenzuwächsen. Allein für die Bereiche sozialpädagogische Familienhilfe, Heimerziehung und Eingliederungshilfe für seelische Behinderte müssen 1,5 Millionen Euro zusätzlich ausgegeben werden.

Ich meine, diese 3 Schwerpunkte bei der Ausgabensteigerung halten unserer Gesellschaft einen Spiegel vor. Während immer mehr Jugendliche und Ältere in

Armut geraten, verdienen die Vermögenden in unserem Land zusätzlich an den von der Gesellschaft zu zahlenden Zinsen.

Es ist eine Binsenwahrheit: die Schulden des Einen sind das Guthaben des Anderen. Während die Einen mit Lohndumping und Arbeitsverdichtung ohne Rücksicht auf die Belastungen der Arbeitnehmer und ihrer Familien Gewinne einfahren, bleibt diesen oft nur noch der Weg in die Verschuldung und Armut.

Die Kosten der Verarmung spiegeln sich dann zum Beispiel im Bereich der Grundsicherung im Alter und der Jugend- und Familienhilfe wieder. Statt aber nun wenigstens die Vermögenden an diesen Kosten zu beteiligen, werden diese auch noch steuerlich entlastet.

Die Kommunen haben kein Geld um die steigenden Ausgaben zu tragen, und leihen sich bildlich gesprochen das Geld bei den Verursachern, sprich den Vermögenden, die vorher auch noch von wichtigen finanziellen Beiträgen zu solidarischen Finanzierung unsres Gemeinwesens entlastet wurden. Dafür erhalten die sie selbstverständlich auch noch Zinsen.

Und nun stehen wir hier und haben kein Geld um die steigenden Kosten zu begleichen. Was bleibt uns übrig: Wir nehmen Kredite auf. 9 Millionen Haushaltsdefizit sind das Ergebnis falscher Weichenstellungen der Politik. Sie belasten nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern sie gefährden auch unsere demokratische Gesellschaft.

Durch die Verschuldung drohen viele Kommunen ihre Souveränität zu verlieren. Die Bürger können zwar ihre Gemeinde- und Kreisparlamente wählen, aber finanzielle Spielräume zur Gestaltung von Politik zum Wohle der Bürger gibt es nicht und viele stark verschuldete Kommunen werden sich unter den kommunalen Schutzschirm stellen. Das wiederum bedeutet eine weitere Einschränkung der finanziellen Eigenständigkeit. Aber was ist die Stimme des Bürgers noch Wert, wenn die Entscheidungskompetenz an andere nicht von den Bürgern einer Gemeinde bzw. Kreises demokratisch legitimierte Personen abgegeben wird.

Dies ist für mich schon eine grundsätzliche Frage der Demokratie. Nun stellt sich für uns diese Frage zum Glück bisher noch nicht. Einer solchen Entmündig des Parlamentes würden wir niemals zustimmen. Statt die Demokratie zu schwächen, sind Entscheidungen notwendig, die das Anhäufen von Vermögen zu Lasten der Allgemeinheit beenden.

Reiche und Wohlhabende müssen in die Verantwortung genommen werden. Aufgrund der von Bund und Land vorgegeben Regeln stehen uns im Landkreis nur geringe eigenständige Handlungs- und Steuerungsmöglichkeiten zur Verfügung. Umso wichtig ist es, diese zu nutzen. Auch müssen wir unserer sozialen Verantwortung gerecht werden.

Die Linke.Offene Liste ist die einzige Fraktion, deren Vorschläge in der Summe keine weiteren Belastungen über den vorgelegten Entwurf hinaus vorsehen.

Zunächst wollen wir mit unserem Vorschlag zur Kürzung der Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge ein Signal setzen. Besserverdienende sollen sich an den Kosten

der Allgemeinheit stärker beteiligen. Uns ist auch klar, dass wir im Kreistag nicht über die Höhe der Vergütungen zu entscheiden haben. Ein Appell an die Entscheidungsträger ist aber zumindest möglich und moralisch geboten. Verantwortungsbewusste Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte sollten sich an der Haushaltskonsolidierung der Kommunen beteiligen. Zumal die angesprochenen Betriebe zu 100 Prozent den Kommunen gehören.

Verantwortungslos halten wir geplante Ausgaben von 2,5 Millionen Euro in diesem und weiteren 2,5 Millionen Euro im nächsten Jahr für den Breitbandausbau. Es ist schon ein Treppenwitz, meine Damen und Herren von der CDU und FDP, dass sie ständig Privatisierung fordern, weil dann ja alles besser läuft.

Nun, nachdem das Telekommunikationswesen privatisiert wurde, stellt man fest, dass die Interessen der Allgemeinheit, insbesondere in ländlichen Gebieten, hinten runterfallen und bei weitem nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Die Kapitalgeber, die Ihr Geld bei der Telekom angelegt haben, wollen Rendite sehen. Seit Jahren schüttet die Telekom 7 bis 8 Prozent Dividende aus. Geld für den Ausbau von Breitband in ländlichen Gebieten fehlt dann halt. Aber dafür ist ja der Steuerzahler da. 15 Millionen Euro sollen nach den Vorschlägen der CDU von den Bürgern des Landkreises (Kosten Kreis und Gemeinden) aufgebracht werden. Natürlich kreditfinanziert, denn ausreichende Mittel hat der Kreis leider nicht.

Steuerentlastungen für Besserverdienende auf Landes- und Bundesebene führen zu einer gigantischen Staatsverschuldung. Allein von 2008 bis 2011 ist sie von 1,2 Billionen auf 2 Billionen Euro gestiegen. Nun müssen die Fehler ihrer Politik halt auf Kosten der Bürger durch weitere Schulden behoben werden.

Unabhängig davon halten wir es für richtig, den Breitbandausbau voranzutreiben. Allerdings sollten unnötige Doppelstrukturen vermieden werden. Dadurch können die Ausgaben des Breitbandausbaus für den Kreis deutlich reduziert werden. Mehrere Kommunen haben ja bereits die Notbremse gezogen, und beteiligen sich nicht an einem unsinnigen Doppelausbau.

Statt auf einen Doppelausbau zu setzen, hat die Gemeinde Petersberg sich auf nicht versorgte Bereiche konzentriert. Hierdurch konnte allein die Gemeinde Petersberg die Kosten für den Breitbandausbau von 600.000,- Euro auf 45.000,- Euro senken. Ich appelliere an die hiesigen Vertreter, die Ausbaustrategie im Aufsichtsrat der ÜWAG nochmals zu überdenken und nach dem lobenswerten Beispiel von Petersberg zu verändern.

Verantwortung tragen wir für die Schülerbeförderung. Die überfüllten Busse und Bahnen mit ihren Gefährdungen führen regelmäßig zu Protesten in der Bevölkerung. Zuletzt in der Gemeinde Großenlüder und Neuhof. Wir bleiben dabei, die Sicherheit der Schüler muss einen sehr hohen Stellenwert haben. Verletzungen oder gar ein Todesfall, wie zuletzt in Neuhof, sind nicht verantwortbar.

Daher beantragen wir, zur Verbesserung der Situation zusätzliche Finanzbeträge bereitzustellen. Die Fraktion der Grünen kritisiert die Situation in Neuhof zu Recht. Allerdings ist nicht nur die Situation in Neuhof zu beanstanden. Wir müssen hier mehr für die Sicherheit tun.

Unsere Schulen müssen Zug um Zug barrierefrei gestaltet werden. Als Vater einer behinderten Tochter im Rollstuhl weiß ich, wie wichtig es ist, bestehende Barrieren abzubauen, damit man nicht ausgeschlossen wird. Behinderte haben bereits eine schwere Last zu tragen. Mit der UN Behindertenrechtskonvention hat sich unser Land u.a. dazu verpflichtet für Behinderte die Bedingungen zu schaffen, um die Regelschulen besuchen zu können.

Hierzu halten wir den barrierefreien Ausbau der Schulen im Kreis Fulda für notwendig. Uns ist klar, dass dies nicht in einem Schritt verwirklicht werden kann. Wir fordern daher ein Konzept und einen Zeitplan zum barrierefreien Umbau sämtlicher Schulen in unserer Verantwortung.

Der im Vorbericht vom Landrat angedeutete bedarfsorientierte Umbau ist wenig sinnvoll, da sich die Bedarfe oftmals viel zu spät ergeben, um die Schulen bei Bedarf rechtzeitig barrierefrei umzubauen. Wir wollen dass nun unverzüglich mit dem Herstellen eines barrierefreien Zugangs begonnen wird.

Und zum Abschluss möchte ich auf den Ausbau der erneuerbaren Energien eingehen. Wie bereits im letzten Jahr beantragen wir eine Erhöhung der Investitionen in erneuerbare Energien. Erfreulich ist, dass die Fraktion der Grünen in diesem Jahr ebenfalls einen Antrag in gleicher Richtung gestellt hat. Im letzten Jahr haben noch alle Fraktion, auch die Grünen, unseren Antrag abgelehnt. Ich freue mich, dass sich die Fraktion der Grünen an diesem Punkt als lernfähig erweist.

Ich hoffe, dass nach Fukushima und der von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende die Bereitschaft besteht, hier mehr zu tun. Zumal die Investitionen keine finanziellen Belastungen für den Haushalt bedeuten. Im Gegenteil: Die Investitionen führen mittel- und langfristig zu einer Entlastung des Haushaltes. Schade nur, dass die Einsicht in die Berechtigung unseres letztjährigen Antrages erst so spät kommt.

Auch sehen wir mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien neben dem Umweltschutz eine Chance, um deutlich mehr Wertschöpfung in unserer Region zu generieren. Statt auf Öl und Energiemultis angewiesen zu sein, besteht durch Investitionen in diesem Industriebereich die Möglichkeit für mehr Arbeitsplätze und mehr Wohlstand in unserer Region.

Die vielen Initiativen von Bürgern im Kreis Fulda in diesem Bereich, sowie die Bildung von Genossenschaften, wie z.B. in Eichenzell und Flieden sind ermutigend und zeigen, dass die Bürger sich einbringen wollen und sich gerade hier auch an entscheidender Stelle einbringen können.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr verehrte Damen und Herren,
ich bitte sie eindringlich, ideologische und persönliche Dinge beiseite zu legen. Wir sind gemeinsam in der Verantwortung für die Bürger und Bürgerinnen unseres Landkreises. Wenn nicht bald die einseitige Umverteilung zu Gunsten der bereits jetzt Wohlhabenden beendet wird, werden wir in einem finanziellen Desaster enden. Das was sich in der Finanzwelt in Europa und in der ganzen Welt abspielt, strahlt bereits auf die Kommunen im Kreis Fulda ab.

Ein Schutzschirm für Griechenland, für die Banken und nun für die Kommunen in Hessen. Wir müssen den Mut haben kreativ und offensiv für unsere Kommunen einzustehen. Ein weiter so, ohne eine Perspektive gefährdet letztendlich die Demokratie. Bereits jetzt bestimmen die Märkte, mit anderen Worten die finanzstarken Eliten und Kapitalgeber die Geschicke von ganzen Ländern.

Politik und Demokratie werden von ihnen vor sich hergetrieben, weg vom demokratischen Gemeinwohl, hin zu reiner Klientelpolitik im Sinne der Vermögenden. Unseren Kommunen droht die Bevormundung durch das Regierungspräsidium und andere nicht gewählter Entscheidungsträger.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Unsere Vorschläge bedeuten in der Summe eine Reduzierung der Ausgaben, mehr Investitionen im Bereich Umwelt und Energie, ein Beginn des barrierefreien Ausbaus der Schulen, mehr Sicherheit für unsere Schüler, die Vermeidung von Fehlinvestitionen im Breitbandbereich und sie sind ein starkes Signal für die dringend gebotene Umverteilung zum Wohle der übergroßen Mehrheit unserer Bürger.

Unsere Haushaltsanträge bringe ich hiermit ein.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Petersberg, 17.03.2012

Michael Wahl